

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Stefan Gelbhaar, Matthias Gastel, Stephan Kühn (Dresden), Daniela Wagner und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 19/17641 –

Kontakte der Bundesregierung zu neuen und traditionellen Verkehrsdienstleistenden

Vorbemerkung der Fragesteller

Neue Beförderungsdienstleister sind auf den Verkehrsmarkt getreten und haben Auswirkungen etwa auf das Taxigewerbe (<https://www.zeit.de/arbeit/2018-11/uber-deutschland-taxi-fahrdienst-konkurrenzkampf-lobby>). Eine weitere Steigerung des Verkehrsaufkommens wird nicht ausgeschlossen (Winnand von Petersdorff, Frankfurter Allgemeine: Die große Uber-Illusion, 14. Februar 2019, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/warum-fahrdienste-wie-uber-den-stadtverkehr-nicht-entlasten-15987296.html>; https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Publikationen/G/verkehr-in-zahlen_2018-pdf.pdf?__blob=publicationFile, S. 222 f.).

Die Novellierung der einschlägigen Gesetze ist seit langem angekündigt, lässt aber weiter auf sich warten. Dies führt dazu, dass Gerichte nun die Lücken in der Gesetzgebung erkennen und diese füllen müssen. Dies führt nach Ansicht der Fragesteller zu Rechtsunsicherheit, was den Beteiligten schadet (ein Beispiel hierfür sind die Entscheidungen betreffend den Ride-Pooling-Anbieter MOIA in Hamburg: Verwaltungsgericht (VG) Hamburg, Beschluss vom 25. April 2019 – 5 E 1711/19; Oberverwaltungsgericht (OVG) Hamburg, Beschluss vom 2. Juli 2019 – 3 Bs 113/19).

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welcher Austausch in dieser und der letzten Legislaturperiode zwischen der Bundesregierung sowie direkt dem Bund untergeordneten Behörden und den verschiedenen, gerade auch neuen Beförderungsdienstleistern bestanden bzw. fortbestehen. Wichtig ist zudem zu wissen, welche anderen für die Personenbeförderung relevanten Akteure ihre Interessen in der Verkehrspolitik artikulieren konnten.

Wir bitten die Bundesregierung, sich bei der Beantwortung der Fragen mindestens auf folgende Unternehmen (inklusive Tochterunternehmen), Verbände, Vereine (sowie ggf. deren Untergliederungen wie Landesverbände) etc. zu beziehen, welche in ihrer Gesamtheit in dieser Anfrage als „Organisationen“ bezeichnet werden.

Uber Technologies Inc; Lyft Inc; Bolt Technology OÜ;

CleverShuttle; MOIA; Allygator; Berlkönig; Ioki; mytaxi match; und andere Ride-Pooling-Anbieter;

Bundesverband Taxi und Mietwagen e. V.; Taxiverband Deutschland e. V.; Taxi Deutschland Servicegesellschaft für Taxizentralen eG; mytaxi; regionale Taxiverbände; Taxizentralen;

Ver.di; DGB;

Verkehrsgesellschaften des ÖPNV; DB AG; Verkehrsverbünde;

BUND; Greenpeace; Deutsche Umwelthilfe;

Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club; Umkehr e. V.; FUSS e. V.;

Verbraucherzentralen inklusive ihres Bundesverbandes vzbv;

Vertreterinnen und Vertreter von Kommunen und Städten.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) hat zu der Kleinen Anfrage eine Ressortabfrage durchgeführt. Eine lückenlose Aufstellung der „Gespräche, Veranstaltungen, Sitzungen etc.“, die seit Beginn der letzten Legislaturperiode stattgefunden haben, nebst allen jeweiligen Teilnehmern kann allerdings nicht gewährleistet werden. Das gleiche gilt für die Auflistung der Positionspapiere und Stellungnahmen, die von den genannten „Organisationen“ übersandt wurden. Bei unaufgefordert übermittelten Positionspapieren oder Stellungnahmen besteht zudem die Möglichkeit, dass diese nicht zu den Akten genommen werden und insofern nicht mehr recherchierbar sind. Die nachfolgenden Ausführungen bzw. aufgeführten Angaben erfolgen auf der Grundlage der vorliegenden Unterlagen und Aufzeichnungen. Aufgrund der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit werden die Tochterunternehmen der genannten Unternehmen nicht in die Ressortabfrage mit einbezogen.

Aufgabenbedingt pflegen Mitglieder der Bundesregierung, Parlamentarische Staatssekretärinnen bzw. Parlamentarische Staatssekretäre, Staatssekretärinnen bzw. Staatssekretäre der Bundesministerien in jeder Wahlperiode Kontakte mit einer Vielzahl von Akteuren.

Die Bundesregierung und insbesondere das BMVI stehen grundsätzlich mit allen Vertretern im verkehrspolitischen und digitalen Bereich in ständigem Austausch. Darunter fallen Gespräche sowie Telefonate mit Vertretern u. a. von Unternehmen, Forschungsinstitutionen, Bürgerinitiativen, Vereinen, Gewerkschaften und Verbänden. Eine Verpflichtung zur Erfassung entsprechender Daten (z. B. Erfassung sämtlicher Veranstaltungen, Sitzungen und Termine nebst Teilnehmern) besteht nicht und eine solche umfassende Dokumentation wurde auch nicht durchgeführt.

Insbesondere bei größeren Veranstaltungen (z. B. Festakten, Vorträgen etc.) lässt sich vielfach nicht mehr rekonstruieren, welche Personen teilgenommen haben und welche Gespräche anlässlich dieser Veranstaltungen geführt worden sind. Beispielsweise nahmen Repräsentanten der Bundesregierung an Konferenzen, Veranstaltungen, Sitzungen, etc. teil, bei denen auch Unternehmens- und Verbändevertreter als Referenten und/oder Zuhörer anwesend waren. Mit diesen findet oftmals ein Gedankenaustausch während oder am Rande solcher Veranstaltungen statt. Eine Aufstellung kann hierzu nicht geliefert werden, weil derartige Teilnahmen, Termine und Gespräche nicht festgehalten werden. Auch begründet sich die Teilnahme an Veranstaltungen etc. teilweise aus der Tätigkeit z. B. als Staatssekretär sowie als Aufsichtsratsmitglied in unterschiedlichen Bundesunternehmen. Die Angaben zu den Gesprächspartnern richten sich zudem nach der Anmeldung bei Terminvereinbarung, kurzfristige Änderungen

der anwesenden Teilnehmer können nicht mehr in jedem Einzelfall nachvollzogen werden.

Unterhalb der Leitungsebene gab es aufgabenbedingt über die Dauer der letzten und aktuellen Wahlperioden vielfältige dienstliche Kontakte von Vertretern bzw. Vertreterinnen des Bundeskanzleramtes und der Ressorts zu Unternehmen der Automobil-, Luftfahrt- und Bauindustrie und dabei auch zu den genannten Organisationen. Eine vollständige und umfassende Aufstellung über all diese Kontakte existiert nicht und kann aufgrund fehlender Recherchierbarkeit z. B. wegen Personalwechsel, auch nicht erstellt werden. Eine Auflistung von Einzelterminen der Ressorts unterhalb der Leitungsebene erfolgt daher nicht.

In diesem Zusammenhang ist zudem darauf hinzuweisen, dass Lücken bei der Beantwortung u. a. dadurch nicht ausgeschlossen werden können, dass Vertreter der genannten Unternehmen z. B. auch als Gast oder Beauftragter eines Dritten an einer Gremiensitzung oder einer Veranstaltung ohne Teilnehmerliste teilgenommen haben können und bei dieser Gelegenheit mit Mitgliedern der Bundesregierung in Kontakt getreten sein können.

Die Bundesregierung ist bei der Beantwortung von Fragen aus dem Parlament darüber hinaus verfassungsrechtlich verpflichtet, die Grundrechte der von diesen Fragen betroffenen Unternehmen und deren Tochtergesellschaften zu wahren. Dies sind vor allem die von Artikel 12 Absatz 1 und Artikel 14 Absatz 1 GG, im Übrigen nach Artikel 2 Absatz 1 GG geschützten Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der betroffenen Unternehmen. „Als Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse werden alle auf ein Unternehmen bezogenen Tatsachen, Umstände und Vorgänge verstanden, die nicht offenkundig, sondern nur einem begrenzten Personenkreis zugänglich sind und an deren Nichtverbreitung der Rechtsträger ein berechtigtes Interesse hat“ (BVerfGE 115, 205/230 zum Schutz aus Artikel 12 GG).

Gleiches gilt für den Schutz des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung, dem sämtliche persönlichen oder personenbezogenen Daten unterfallen. Dieses Recht hat als Ausprägung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts Verfassungsrang (Artikel 2 Absatz 1 des Grundgesetzes (GG) i. V. m. Artikel 1 Absatz 1 GG, vgl. BVerfGE 65, 1 [41 ff.]; 118, 168 [184]; 128, 1 [43, 44]). Einschränkungen dieses Rechts sind nur im überwiegenden Allgemeininteresse und unter Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit zulässig (BVerfGE 65, 1, Ls. 2). Bei der Abwägung des parlamentarischen Frage- und Informationsrechts des Deutschen Bundestages mit dem Schutz von Grundrechten der betroffenen Beschäftigten und Vertreter der genannten „Organisationen“ ist zu beachten, dass das Fragerecht als politisches Kontrollrecht auf Überprüfung des Verhaltens der Bundesregierung gerichtet ist (vgl. auch BVerfGE 67, 100 [144]; 77, 1 [47]). Soweit das Verhalten einzelner Vertreterinnen und Vertreter der „Organisationen“ überhaupt Gegenstand parlamentarischer Kontrolle sein kann, kommt der namentlichen Nennung dieser Vertreterinnen und Vertreter im vorliegenden Zusammenhang keine gesteigerte Aussagekraft zu. Insoweit kann insbesondere in den Antworten zu den Fragen 1 und 2 eine Nennung des Namens oder der Person lediglich in anonymisierter Form erfolgen. Diese werden deshalb als „Vertreter“ der jeweiligen „Organisationen“ bezeichnet.

1. In welche von der Bundesregierung, insbesondere dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI), in dieser Legislaturperiode berufenen Kommissionen und Gremien wurden Vertreterinnen und Vertreter der genannten Organisationen berufen (bitte tabellarisch Kommission bzw. Gremium, Name und Organisation auflisten)?

Es wird davon ausgegangen, dass lediglich Gremien, Veranstaltungen und Termine mit Bezug zur Änderung des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) und allgemein zum Themenkomplex der neuen Beförderungsdienstleister Gegenstand der Fragestellung sind. Weitere Kontakte der Bundesregierung mit den in der Kleinen Anfrage aufgeführten „Organisationen“ wurden daher nicht abgefragt.

In dieser Legislaturperiode wurden keine Vertreterinnen und Vertreter der genannten Organisationen in Kommissionen oder Gremien berufen.

2. An welchen Gesprächen, Veranstaltungen, Sitzungen etc. der Bundesregierung, insbesondere des BMVI, nahm in dieser und der letzten Legislaturperiode eine Vertreterin oder ein Vertreter der genannten Organisation teil, und wann genau (bitte nach Bundeskanzleramt bzw. Bundesministerien bzw. nachgeordneter staatlicher Stelle mit Auflistung der entsprechenden Titel und Themen der Veranstaltungen, des Datums sowie der Namen der Vertreterin bzw. des Vertreters der jeweiligen Organisation und der teilnehmenden Mitglieder, Vertreterinnen und/oder Vertreter der Bundesregierung sortieren)?

Es wird davon ausgegangen, dass lediglich Gremien, Veranstaltungen und Termine mit Bezug zur Änderung des PBefG und allgemein zum Themenkomplex der neuen Beförderungsdienstleister Gegenstand der Fragestellung sind. Weitere Kontakte der Bundesregierung mit den in der Kleinen Anfrage aufgeführten „Organisationen“ wurden daher nicht abgefragt.

Die Gespräche, Veranstaltungen, Sitzungen, etc. der Bundesregierung in der laufenden und der letzten Legislaturperiode mit einer Beteiligung der genannten Organisationen kann der nachfolgenden tabellarischen Übersicht entnommen werden:

Ressort	Gespräche, Veranstaltungen, Sitzungen, etc. während 18. und 19. LP
BKAmt	17.05.2019: Gespräch BKin Dr. Merkel, ChefBK BM Dr. Braun, StMin Bär mit Vertretern von Uber u. a. zum Thema PBefG
	12.09.2019: Gespräch BKin Dr. Merkel mit Vertretern von Waymo am Rande der IAA u. a. zum Thema PBefG
	05.12.2019: Gespräch ChefBK BM Dr. Braun mit Vertretern der door2door GmbH u. a. zum Thema PBefG
BMJV	09.12.2014: Gespräch PSts Kelber und Sts Billen mit Vertretern von Uber zum Thema PBefG

Ressort	Gespräche, Veranstaltungen, Sitzungen, etc. während 18. und 19. LP
BMVI	03.07.2014: Gespräch PSts Ferlemann mit MdB Berghegger und Vertretern des Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmer (bdo) zum Thema PBefG
	15.06.2015: Gespräch PSts Ferlemann mit Christian Hirte MdB, einer Delegation von privaten Busunternehmen und Vertretern der Kreisverwaltung (Wartburgkreis) zum Thema Erfahrungsaustausch ÖPNV
	22.10.2016: Gespräch PSts Ferlemann mit Vertretern des bdo zum Thema PBefG
	06.06.2018: Gespräch BM Scheuer mit Vertretern von Uber zum Thema neue Mobilitätsangebote
	01.08.2018: Gespräch PSts Bilger mit Vertretern des Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) zum Thema PBefG
	04.09.2018: Gespräch BM Scheuer mit Vertretern von Ver.di zum Thema PBefG
	29.11.2018: Gespräch PSts Bilger mit Vertretern von Mytaxi zum Thema PBefG
	13.12.2018: Gespräch BM Scheuer mit Vertretern des Bundesverband Taxi und Mietwagen e.V. (BZP) zum Thema PBefG
	20.12.2018: Gespräch PSts Bilger mit Vertretern von Ver.di zum Thema PBefG
	22.01.2019: Gespräch BM Scheuer mit Vertretern von Uber zum Thema neue Mobilitätsangebote
	11.02.2019: Gespräch PSts Bilger mit Vertretern von Uber zum Thema PBefG
	19.02.2019: Gespräch PSts Bilger mit Vertretern des DGB zum Thema PBefG
	22.03.2019: Gespräch BM Scheuer mit Vertretern des BZP zum Thema Novellierung des PBefG
	02.04.2019: BE-Fachgespräch PSts Ferlemann mit Vertretern des BZP, VDV, bdo, Uber, MOIA, Door2Door zum Thema PBefG-Novelle
	13.05.2019: Gespräch BM Scheuer mit Vertretern des Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club (ADFC) zum Thema neue Mobilitätsangebote
	14.05.2019: Gespräch BM Scheuer mit Vertretern des Rhein-Main-Verkehrsverbunds zum Thema „Mobility Inside“
	17.05.2019: Gespräch BM Scheuer mit Vertretern des BZP und Taxi Berlin zum Thema Novellierung des PBefG
	02.07.2019: Gespräch Sts a.D. Beermann mit Vertretern der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) zum Thema PBefG
	10.09.2019: Fachgespräch PSts Ferlemann mit Vertretern von Ver.di, des VDV und des bdo zum Thema PBefG auf Anfrage vom Büro des Stellvertretenden Vorsitzenden CDU/CSU-Fraktion Ulrich Lange MdB
	27.09.2019: Gespräch Sts a.D. Beermann mit Vertretern der BVG zum Thema PBefG
07.11.2019: Gespräch BM Scheuer mit Vertretern des ADFC zum Thema neue Mobilitätsangebote	
21.11.2019: Bündnis für Moderne Mobilität, BM Scheuer gemeinsam u. a. mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbände (Dt. Städtetag, Dt. Landkreistag, Dt. Städte- und Gemeindebund)	
30.11.2019: Gespräch BM Scheuer mit Vertretern von Ver.di zum Thema Digitale Mobilitätsplattformen und PBefG	
BMW i	06.06.2018: Gespräch BM Altmaier mit Vertretern von Uber u. a. zum Personenbeförderungsgesetz
	20.06.2019: Gespräch PSts Hirte mit Vertretern des bdo und der Salza Tours König OHG u. a. zum Personenbeförderungsgesetz

3. An welchen Veranstaltungen, Terminen etc. der genannten Organisationen nahmen welche Mitglieder und/oder Vertreterinnen der Bundesregierung, insbesondere des BMVI, in dieser und der letzten Legislaturperiode wann und wo teil (bitte Titel, Datum und Ort der Veranstaltung bzw. des Termins sowie Namen der teilnehmenden Vertreterinnen oder Vertreter der Bundesregierung oder der jeweiligen nachgeordneten Stellen angeben)?

Es wird davon ausgegangen, dass lediglich Gremien, Veranstaltungen und Termine mit Bezug zur Änderung des PBefG und allgemein zum Themenkomplex der neuen Beförderungsdienstleister Gegenstand der Fragestellung sind. Weite-

re Kontakte der Bundesregierung mit den in der Kleinen Anfrage aufgeführten „Organisationen“ wurden daher nicht abgefragt.

Veranstaltungen, Termine etc. der genannten Organisationen mit einer Beteiligung der Bundesregierung während der laufenden und der letzten Legislaturperiode können der nachfolgenden tabellarischen Übersicht entnommen werden:

Ressort	Veranstaltungen, Termine, etc. während 18. und 19. LP
BMVI	13.04.2016: Vortrag PSts Ferlemann beim Verkehrsausschuss des Deutsche Industrie- und Handelskammertages (DIHK), Haus der Wirtschaft zum Thema „Aktuelle Verkehrspolitik des Bundes“ (primär BVWP)
	06.09.2016: Teilnahme PSts Ferlemann am Parlamentarischen Abend des bdo, Il Punto, Berlin, Thema „Evaluierung PBefG“
	08.11.2016: Keynote PSts Ferlemann im Themenblock 2 des bdo-Expertenforums, Thomas-Dehler-Haus, Berlin zum Thema „Vier Jahre des novellierten PBefG“
	26.04.2017: Podiumsdiskussion PSts Ferlemann bdo-Kongress BUS2BUS, Berlin, Expo Center City zum Panel III zum Thema PBefG
	21.02.2019: Statement BM Scheuer auf Taxi-Demo zum Thema PBefG
	19.03.2019: Teilnahme PSts Ferlemann an Podiumsdiskussion beim bdo-Kongress Panel II von BUS2BUS zum Thema „Abschied vom Wettbewerb? Zurück zum staatlich organisierten Fernverkehr?“, ICC Messe, Berlin
	10.04.2019: Rede BM Scheuer Taxi-Demo zum Thema PBefG

4. Welche Positionspapiere bzw. Stellungnahmen wurden in der letzten Legislaturperiode seitens der genannten Organisationen an die Bundesregierung bezüglich der Änderung des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) vom 24. August 2017 und allgemein dem Themenkomplex der neuen Beförderungsdienstleister übersandt, und welche Fachressorts waren jeweils damit befasst (bitte unter Angabe des jeweiligen Ressorts, der Organisation, des Titels des Positionspapiers bzw. der Stellungnahme, des Datums und der Form der Berücksichtigung aufführen)?
6. Welche Positionspapiere bzw. Stellungnahmen der genannten Organisationen wurden in dieser Legislaturperiode vor Erstellen des Eckpunktepapiers des BMVI zur Änderung des PBefG vom 18. Februar 2019 und allgemein zu dem bereits ausgeführten Themenkomplex an die Bundesregierung übersandt, und welche Fachressorts waren jeweils damit befasst (bitte unter Angabe des jeweiligen Ressorts, der Organisation, des Titels des Positionspapiers bzw. der Stellungnahme, des Datums und der Form der Berücksichtigung aufführen)?
8. Welche Positionspapiere bzw. Stellungnahmen der genannten Organisationen wurden in dieser Legislaturperiode nach Veröffentlichung des Eckpunktepapiers des BMVI zur Änderung des PBefG am 18. Februar 2019 und allgemein zu dem bereits ausgeführten Themenkomplex an die Bundesregierung übersandt, und welche Fachressorts waren jeweils damit befasst (bitte unter Angabe des jeweiligen Ressorts, der Organisation, des Titels des Positionspapiers bzw. der Stellungnahme, des Datums und der Form der Berücksichtigung aufführen)?

Die Fragen 4, 6 und 8 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Betreffend die in Frage 4 erwähnte „Änderung des PBefG vom 24. August 2017“ wird darauf hingewiesen, dass der Bundesregierung eine auf dieses Datum lautende Änderung des PBefG nicht bekannt ist. Zeitnah zu dem genannten Termin hat es zwar eine PBefG-Änderung gegeben, aber ohne jeden Bezug

zum Themenkomplex der neuen Beförderungsdienstleister (mit Wirkung zum 29. Juli 2017 ist mit Artikel 2 Absatz 14 des Gesetzes zur Modernisierung des Rechts der Umweltverträglichkeitsprüfung vom 20. Juli 2017 § 29 PBefG – Planfeststellungsbehörde – geringfügig geändert worden). Eine Abfrage der in diesem Zusammenhang eingegangenen oder angeforderten Positionspapiere und Stellungnahmen hat daher nicht stattgefunden.

Die in der laufenden und der letzten Legislaturperiode durch die genannten Organisationen übersandten Positionspapiere und Stellungnahmen zu den Themen „PBefG“ und „neue Beförderungsdienstleister“ können der nachfolgenden tabellarischen Übersicht entnommen werden:

Ressort	Übersandte Positionspapiere und Stellungnahmen zum Thema PBefG und neue Beförderungsdienstleister
BKAmt	04.04.2019: Schreiben inkl. Positionspapier des Bundesverbandes Taxi und Mietwagen e.V., Titel: „Fairer Wettbewerb für die Mobilität von morgen“ 24.01.2020: Schreiben von wirfahren.de – Initiative Mietwagen-Service zur Modernisierung des PBefG, Titel: „Modernisierung des Personenbeförderungsgesetzes – Wir brauchen Ihre Unterstützung!“
BMJV	17.11.2014: Positionspapier von Uber zum neuen Geschäftsmodell uberX, Titel: „uberX: Uber startet neues, lizenziertes Geschäftsmodell in Deutschland“
BMVI	Februar 2019: Positionspapier des BZP zur PBefG-Novelle, Titel: „Fairer Wettbewerb für die Mobilität von morgen“ März 2019: Positionspapier des bdo zur PBefG-Novelle, Titel „PBefG-Novelle: Fairer Wettbewerb für den Mittelstand“ März 2019: Positionspapier von Uber zum Änderungsbedarf des deutschen Personenbeförderungsgesetzes, Titel: „Ein Rechtsrahmen für das Smartphone-Zeitalter“ 27.03.2019: Stellungnahme des VDV zur Novellierung des PBefG, Titel „Stellungnahme zur Novellierung des PBefG anlässlich des Fachgesprächs bei der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 2. April 2019“ 28.03.2019: Stellungnahme von door2door zur Novelle des PBefG, Titel: „Novelle des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) – Innovation ermöglichen, Daseinsvorsorge gewährleisten“ Mai 2019: Positionspapier von mytaxi zu einem reformierten Gemeinschaftsgewerbe, Titel: „Fair, vernetzt und multi-service: Mit einem neuen Gemeinschaftsgewerbe die Mobilität von morgen gestalten“ 12.08.2019: Stellungnahme der Kommunalen Spitzenverbände Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund zu den Eckpunkten des BMVI für eine PBefG-Novelle, Titel: „Eckpunkte des BMVI für eine PBefG-Novelle“ September 2019: Stellungnahme von FreeNow Intelligent Apps GmbH zu Ride Hailing Diensten, Titel: „Ein gemeinsamer Markt der Ride Hailing-Dienste: Das reformierte Gemeinschaftsgewerbe für Taxi, Mietwagen und Pooling-Dienste“ Oktober 2019: Positionspapier von MOIA zum PBefG-Eckpunktepapier des BMVI vom Februar 2019, Titel: „Innovative Mobilitätskonzepte brauchen einen innovationfreundlichen Rahmen“ November 2019: Positionspapier von CleverShuttle und MOIA zur Novellierung des PBefG, Titel: „Personenbeförderungsgesetz muss Lösungen für die Verkehrswende in den Vordergrund stellen“ 24.01.2020: Stellungnahme von wirfahren.de – Initiative Mietwagen-Service zur Modernisierung des PBefG, Titel: „Modernisierung des Personenbeförderungsgesetzes – Wir brauchen Ihre Unterstützung!“ März 2020: Positionspapier des BZP zur Abgrenzung von Taxen und Mietwagen, Titel: „Mobilität braucht Ordnung – für eine Vorbestellfrist für Mietwagen in Großstädten“

5. Welche der in Frage 4 erfragten Positionspapiere bzw. Stellungnahmen wurden von der Bundesregierung angefordert?
7. Welche der in Frage 6 erfragten Positionspapiere bzw. Stellungnahmen wurden von der Bundesregierung angefordert?
9. Welche der in Frage 8 erfragten Positionspapiere bzw. Stellungnahmen wurden von der Bundesregierung angefordert?

Die Fragen 5, 7 und 9 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Es wurden keine Positionspapiere und Stellungnahmen von der Bundesregierung angefordert.

10. Welche externen Studien, Rechtsgutachten, Forschungsvorhaben und sonstigen Beratungsleistungen haben das BMVI sowie deren nachgeordnete Behörden seit Beginn der 18. Wahlperiode zur Auswirkung der neuen Beförderungsdienstleistungen (u. a. Uber und Ridepooling-Dienste) auf den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und das Taxigewerbe sowie deren Beitrag zu effektiver Minderung des Verkehrsaufkommen bei gesteigerter Mobilität in Auftrag gegeben (bitte nach beauftragender Stelle, Auftrag, Auftragnehmer, Kosten, Laufzeit, Terminen für Abschluss bzw. voraussichtlichem Abschluss aufschlüsseln)?
11. Welche weiteren externen Studien, Rechtsgutachten, Forschungsvorhaben und sonstigen Beratungsleistungen hat das BMVI seit Beginn der 18. Wahlperiode mit inhaltlichem Bezug zur Vorbemerkung in Auftrag gegeben (bitte nach beauftragender Stelle, Auftrag, Auftragnehmer, Kosten, Laufzeit, Terminen für Abschluss bzw. voraussichtlichem Abschluss aufschlüsseln)?

Die Fragen 10 und 11 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die in Auftrag gegebenen Studien, Rechtsgutachten, Forschungsvorhaben und sonstigen Beratungsleistungen mit Bezug zum Themenkomplex „neue Beförderungsdienstleister“ seit Beginn der 18. Legislaturperiode mit einer Beteiligung der Bundesregierung können der nachfolgenden tabellarischen Übersicht entnommen werden:

Ressort	Studien, Rechtsgutachten, Forschungsvorhaben, etc. während der 18. und 19. LP mit Bezug zum Themenkomplex „neue Beförderungsdienstleister“
BMVI	Dezember 2017: Studie zur rechtlichen Weiterentwicklung des Personenbeförderungsrechts unter besonderer Berücksichtigung digitaler Mobilitätsplattformen, Titel: „Digitale Mobilitätsplattformen“, Auftragnehmer: Institut für Klimaschutz, Energie und Mobilität.

12. Wie geht die Bundesregierung mit den Urteilen zum Fahrdienst Uber (insbesondere Landgericht (LG) Frankfurt, Urteil vom 19. Dezember 2019 – 3-08 O 44/19; Bundesgerichtshof (BGH), Urteil vom 13. Dezember 2018 – I ZR 3/16) um?
Inwiefern werden die Urteile in der Debatte um das PBefG berücksichtigt?

Die Urteile zum Fahrdienst Uber leisten einen wichtigen Beitrag zur Beantwortung der Frage, unter welchen Voraussetzungen ein Plattformbetreiber selbst als Beförderer im Sinne des PBefG anzusehen ist und damit als Unternehmer im

Besitz einer Genehmigung sein muss. Sie finden Eingang in die Beratungen der von Bundesminister Scheuer einberufenen Findungskommission zur Herstellung eines übergreifenden Konsenses zur Änderung des PBefG.

